

tag nur ein Fünftel der zweieinhalb Stunden für Übersetzung benötigt wurde.

Am gründlichsten befaßten sich die Regierungschefs mit Ost-West-Problemen. Erhard erläuterte die Passierschein-Aktion, die von den Engländern erneut gutgeheißen wurde. Die Engländer gaben die in ihrer Heimat unpopuläre Versicherung ab, den Bestand der Rheinarmee nicht zu verringern.

„Das genügt uns“, sagte Karl-Günter von Hase später. „Wir hielten es nicht für notwendig, das auch ins Kommuniqué aufzunehmen.“ Mit Vergnügen nahmen die Engländer ihrerseits zur Kenntnis, daß Bonn als Gegenleistung die Devisenhilfe für die Truppen fortzusetzen gedenkt.

Nicht einigen konnte man sich über die Wirtschaftskredite an die Sowjets. Die Engländer wollen sie auf lange Jahre gewähren. Die Deutschen, und



Erhard-Partner Wilson
Präzise und abweisend

alle anderen Nato-Verbündeten, lehnen das als gefährliche Stützung der Ostblockwirtschaft ab.

Zuerst fragte der englische Handelsminister Edward Heath scherzhaft, wie Erhard es als Wirtschaftsminister zustande gebracht habe, den Handel der Bundesrepublik mit der Sowjet-Union im Gleichgewicht zu halten. „Wir haben eben allerlei von den Russen gekauft, was wir eigentlich nicht recht brauchen“, verriet der Kanzler.

Er ließ es aber bei dieser verblüffenden Erklärung nicht bewenden. Ernst malte er aus, was passieren könnte, wenn die Briten ihre Kredit-Absichten wahr machten. „Dann fährt der französische Handelsminister eines Tages nach Moskau und macht den Sowjets auch noch ein Angebot.“

Die Herzlichkeit der deutsch-englischen Begegnung wurde auch nicht getrübt durch die „knisternde Vorwahlkampf-Atmosphäre“ (Außenminister Schröder). Bundeskanzler Erhard ergriff sogar die Gelegenheit, sich — unter den Augen des britischen Premiers — eine volle Dreiviertelstunde mit dem Oppositionsführer Harold Wilson zu unterhalten.

Für den Bundeskanzler war es eine Taktfrage gewesen, ob er mit Wilson mehr als die üblichen Höflichkeitsfloskeln austauschen konnte, ohne seinen Gastgeber zu brüskieren. Nach dem Essen befreite ihn der Premierminister selbst aus dem Dilemma.

Als sich Erhard mit Douglas-Home noch einmal über die Atomstreitmacht unterhielt und der Engländer sich nicht vom Enthusiasmus des Deutschen für dieses multilaterale Vorhaben anstecken ließ, wies der Premier auf den Oppositionsführer, der im Frack mit zu Tische gesessen hatte. Douglas-Home gleichmütig: „Sprechen Sie doch selbst mal mit Mister Wilson!“

Während sich der Labour-Chef in europäischen Fragen als wenig sattelfest erwies, äußerte er sich präzise und abweisend über die multilaterale Atomstreitmacht. Premier Douglas-Home kam das nicht ungelegen. Für Ludwig Erhard besaß die Aussprache den Vorteil, daß er Fühlung mit dem Mann nehmen konnte, der möglicherweise dieses Jahr in England an Stelle von Douglas-Home die Macht übernimmt.

VERTRIEBENENMINISTER

Einfach durchhalten

Bundesvertriebenenminister Hans Krüger, unter deutscher Kriegsherrschaft Oberamtsrichter und Ortsgruppenleiter im polnischen Korridor, kann sich an eine Tätigkeit bei einem Sondergericht nicht erinnern (SPIEGEL 1-2/1964).

Krüger, heute auf dem Stuhl, den bis vor vier Jahren der wegen Mitwirkung an der nationalsozialistischen Ostpolitik zurückgetretene christdemokratische Vertriebenenminister Oberländer innehatte, zum SPIEGEL: „Ich kann mich auf kein Todesurteil besinnen und auch nicht an meine Mitwirkung bei einem Todesurteil.“

Die Ursache dieser mangelhaften Erinnerungskraft sieht Oberamtsrichter a. D. Krüger im Einerlei richterlicher Tätigkeit: „Wissen Sie, ein Todesurteil, das macht ein Richter doch rein routinemäßig.“ Daher sein Problem: „Was soll ich denn machen, um zu verhindern, daß sich eines Tages doch herausstellt, daß ich an einem Todesurteil mitgewirkt habe?“

Am 6. Dezember vergangenen Jahres hatte der sowjetzonale Agitprop-Chef Norden vor Zeitungsleuten aus aller Welt ausposaunt, der Bonner Vertriebenenminister habe während des Krieges im deutschbesetzten Korridor-Städtchen Konitz als Beisitzer des dort amtierenden Sondergerichts an Zuchthaus- und Todesurteilen gegen Polen mitgewirkt.

Hans Krüger ließ am selben Tag durch die Deutsche Presse-Agentur das Dementi verbreiten, er habe in Konitz zwar als Oberamtsrichter, aber nie als Sonderrichter fungiert.

Denn: „Bei Amtsgerichten gab es keine Sondergerichte.“ Und: „Ich bin auch zu keiner Zeit als Beisitzer eines Sondergerichtes tätig gewesen. Infolgedessen konnte ich nie an Urteilen mitwirken, die zu Todes- oder Zuchthausstrafen geführt haben.“

Heute dagegen, nach Vorlage photokopierter Dokumente, die keinen Zweifel mehr an seiner Bestellung zum ersten

stellvertretenden Beisitzer des Sondergerichts in Konitz lassen, bekennt der Bundesvertriebenenminister: „Das war mir völlig aus der Erinnerung weg.“

Die Erinnerungs-Lücke Krügers haben die Dokumente allerdings nicht völlig ausfüllen können: „Ich kann mich nicht an den Umfang der Sitzungen des Sondergerichts Konitz erinnern. Ich bin immer noch der Auffassung, daß ich an Verhandlungen nicht teilgenommen habe.“

Auf die Frage, warum er vorher Teilstücke jener Protokolle als „eindeutige Fälschung“ abgetan und seinen Sonderrichter-Auftrag abgestritten habe, weiß der Minister lediglich die Antwort: „Ich kann mich natürlich dem nicht verschließen, wenn Sie mir das jetzt in voller Form vorlegen. Ich habe mich damals einfach nicht daran erinnern können.“



Bundesminister Krüger
Unpräzise und ausweichend

Überdies: „Nachdem ich anfangs nicht mehr wußte, daß ich beim Sondergericht eingeteilt war, und mich entsprechend bei der Deutschen Presse-Agentur ausgedrückt hatte, mußte ich meine Linie nun doch einfach durchhalten.“

Trotz dieser Linie nahmen seine christdemokratischen Parteifreunde Anstoß an der Vergangenheit ihres Vertriebenenministers. CDU-Bundestagsabgeordneter Lenze in der vorletzten Woche zu CDU-Bundesminister a. D. Lemmer: „Wir müssen den Fall Krüger durchsprechen.“

Den beiden CDU-Politikern mißfiel allerdings nur, daß Parteifreund Hans Krüger, der sich nach dem Kriege zum Presbyter in der evangelischen Gemeinde Olpe wählen ließ, zur Zeit Hitlers

▷ das evangelische Glaubensbekenntnis gegen die damals zweckmäßigere Konfession „gottgläubig“ eingetauscht und sich

▷ der Wahrheit zuwider als Hitlerputschist des Jahres 1923 ausgegeben hatte.

An Krügers Mitgliedschaft in Hitlers Partei und seiner Parteidienststellung

Personalbogen

für den Landgerichtsrat Hans Krüger
bei dem Amt Land-Gericht in Konitz

Vor- und Zuname: Hans Krüger

Geburtstag und -Ort: 6.9.1889 Heurich

Letzte Beschäftigungs-
behörde: Landgericht Heigand (Pom)

Letzter Wohnort:
(Straße) Heigand (Pom) Klappholzallee 187

Glaubensbekenntnis: gottgläubig

Zugehörigkeit (auch Ämter)
zur NSDAP, deren Gliederun-
gen und angeschlossenen
Verbänden: Mitglied der NSDAP seit 1.3.33, zuletzt mit L.P. 39
Vollmitglied der Ortsgruppe Heigand - Kahlentag,
NSV, RDB, NSAB, NS-Bundesverband (Vollmit-
glied), Reichskolonialbund, VDA, BDO, RLB



Krüger-Personalakte: Sondergericht und Gottgläubigkeit

als Ortsgruppenleiter fand das offizielle Bonn nichts auszusetzen.

Presse-Staatssekretär von Hase in der letzten Woche: „Es war immer bekannt, daß der Bundesminister nominales Mitglied der NSDAP gewesen ist, und der Bundesminister hat keinerlei Anstoß gesehen, näher darauf einzugehen, daß er drei Monate lang in der Tat die (Partei-) Ortsgruppe in Chojnice (Konitz) stellvertretend geleitet hat ... Irgendwelche Folgerungen sind aus dieser Situation nicht zu ziehen.“

Allein, eine bloße Formsache war Krügers NS-Aktivität nicht. Nach dem entscheidenden Wahlerfolg Hitlers vom 5. März 1933 als sogenannter Märzgefallener flugs in die NS-Partei geschlüpft, avancierte Parteigenosse Krüger im pommerschen Lauenburg zum Zellenleiter, im polnischen Konitz zum Ortsgruppenleiter.

Dienststrang: „Gemeinschaftsleiter der NSDAP“.

Davon abgesehen, ließ Krüger keine NS-Organisation aus, in die er auch nur halbwegs hineinpaßte. Sein Name stand in den Mitgliederlisten

- ▷ der NS-Volkswohlfahrt,
- ▷ des Reichsbundes Deutscher Beamter,
- ▷ des NS-Rechtswahrerbundes,
- ▷ des NS-Altherrenbundes im NSD-Studentenbund,
- ▷ des Reichskolonialbundes,
- ▷ des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland und
- ▷ des Bundes deutscher Osten.

Die Zugehörigkeit zum Bund deutscher Osten, der den germanischen Übermut gegenüber Slawen mit ideologischer Inbrunst pflegte, teilte Bundesvertriebenenminister Hans Krüger mit einem seiner Amtsvorgänger, dem Ostlandreiter Theodor Oberländer. Beide sitzen heute auch nebeneinander im Vorstand des CDU-Landesverbandes Oder-Neiße.

Als die Sozialdemokraten im April 1960 drohten, ein Untersuchungsausschuß des Bundestages werde Oberlän-

ders politische Vergangenheit prüfen müssen, zog die CDU diesen mannigfaltig erprobten Ostexperten aus dem Vertriebenenministerium zurück.

Kanzler Adenauer räumte damals ein: „Natürlich war der Herr Oberländer tiefbraun gewesen.“

Ob Krügers Richterpraxis in den obersten Ostlanden als Voraussetzung für das Amt des Bundesvertriebenenministers geeigneter ist, wurde nicht geprüft.

Krüger wurde vom Präsidenten des Danziger Obergerichts am 17. Oktober 1939 „mit der Verwaltung einer Richterstelle bei dem Amtsgericht Konitz und außerdem bei dem Landgericht Konitz beauftragt“.

Am 26. Januar 1942 etablierte der Oberlandesgerichtspräsident beim Konitzer Landgericht ein Sondergericht; zum „Stellvertreter: in erster Linie“ berief er den Oberamtsrichter Krüger. Als Krüger im Juni 1943 zu den Fahnen gerufen wurde, bestellte der Oberlandesgerichtspräsident für ihn einen Ersatzmann.

Heute bestätigt der Vertriebenenminister Krüger alle diese Daten, die sich in seiner Personalakte finden: „Vorher war mir völlig unbekannt, daß die Bestellung zum Stellvertreter, die sonst beim Schöffengericht ja auch nicht zu den Personalakten kommt, im Falle der Sondergerichte für so wichtig gehalten wurde, daß sie zu den Personalakten genommen wurde.“

BILDUNGSKALENDER

Der Kanzler war entsetzt

In den Klassenzimmern der Schulen und in den Tagungsräumen der Bildungsstätten der Bundesrepublik wird am 8. März die großformatige Porträtstudie eines Mannes auftauchen, der einen Zigarrenstummel zum Munde führt. Selbst Schüler der Oberklassen werden diesen Mann nur schwer identifizieren können.

Erst ein Blick auf die Rückseite des Kalenderbildes kann das Rätsel des un-

bekannten Zigarren-Rauchers lösen. In kleiner Schrift wird dort erläutert: „Im Bundeskanzler verkörpert sich die politische Macht innerhalb unseres Gemeinwesens.“

Der photographisch verfremdete Ludwig Erhard ist die bemerkenswerteste Illustration in einem von der „Bundeszentrale für politische Bildung“ in Bonn nach modernen künstlerischen Gesichtspunkten angefertigten Bildungs-Wand-Kalender, der Westdeutschlands Jugend ein anschauliches Bild von Politik und Zeitgeschehen der Gegenwart vermitteln soll.

Zehn Jahre lang hatten sich die Kalendarmacher der mit Bundesmitteln finanzierten und der Aufsicht des Bundesinnenministeriums unterstellten Bundeszentrale ihrer alljährlichen Aufgabe mit langweiliger Bravheit unterzogen und konventionellen Wandschmuck produziert. Im vergangenen Jahr gewannen die progressiven Kräfte die Oberhand.

Zum ersten Male übertrug die Bundeszentrale, die im letzten Jahr 10,1 Millionen Mark für die politische Bildungsarbeit ausgab, einem modernen Layouter die Gestaltung des Kalenders für 1964, dem Mitarbeiter des avantgardistischen Photo-Magazins „magnum“, Hermann Vogel.

Im Herbst vergangenen Jahres lag der Vogel-Entwurf dem für die Bundeszentrale zuständigen Ministerialrat Albrecht Krause im Bundesinnenministerium zur Genehmigung vor. Krause, der mittlerweile zum stellvertretenden Generalsekretär des Deutsch-Französischen Jugendwerks avancierte, fand nichts auszusetzen und erteilte das Imprimatur.

Als im Dezember die ersten Exemplare ins Innenministerium gelangten, schlug der Nachfolger Krauses, Innenminister Hermann Höcherls persönlicher Referent Siegfried Fröhlich, unverzüglich Alarm. Er stoppte die Auslieferung und hastete mit dem Erhard-Kalenderblatt erst zu seinem Staatssekretär Hans Schäfer, dann zum Minister selbst. Beide fanden die Dar-



Erhard-Kalenderphoto
Macht und Schönheit